

Fr, 05.07.2013

Lokales

Lokalsport

Mehr

Lokales

Lokales

"Vertreibungspolitik kann man nicht hinnehmen"

von Die Oberbadische

04.07.2013

Von Marco Fraune Kreis Lörrach. Mit deutlichen Worten hat sich der Angehörigen- und Betreuerbeirat der Werksiedlung St. Christoph in Kandern im Sozialausschuss gegen Pläne des Landkreises gewandt, die Zahl der Plätze für Menschen mit Behinderung von derzeit 72 auf nur noch 50 zu reduzieren. "Eine Vertreibungspolitik kann man nicht hinnehmen", kritisierte der Angehörige Rolf Henning. Die Kreisverwaltung verwies hingegen auf weitere Diskussionen in Fachgremien zu dem Thema und auf "hinreichende Übergangsfristen", wie Landrätin Marion Dammann erklärte. Mit einer zehnköpfigen Delegation, die eigens aus Stuttgart und auch Lausanne angereist war, legte Beirats-Sprecherin Ute Koch im Rahmen der Bürgeranhörung einen Fragenkatalog an die Verwaltung vor. Darin wollen die Angehörigen und Betreuer Genaueres zu der landesweiten Planung und Abstimmung wissen, einer eventuellen Einschränkung des Rechts auf freie Wohnortwahl

im Fall der Streichung von Plätzen in der Kanderner Werksiedlung oder auch, wie sich der Sozialausschuss zu der Situation verhalten wird, "zu einer Situation, die einer Heimatvertreibung gleicht". Immerhin hätten die Behinderten in Kandern ihren Lebensmittelpunkt und eine Heimat gefunden. Unterstützung signalisierte schon in der Sitzung Rudolf Rümmele (SPD), der unterstrich, dass der Kreis die Sozialstrategie am Menschen ausrichten müsse. Von Seiten der Verwaltung wurde erst einmal auf den Fachkreis verwiesen, der sich näher mit dem Thema befassen soll. Zugleich unterstrich Landrätin Dammann aber, dass in allen Bereichen bedarfsgerecht gehandelt werden müssen. "Sie befinden sich nicht in einer Sondersituation." Auch bei anderen Heimen gehe es nach dem Bedarf. Und die maßgebende Teilhabestudie des Kreises besagt, dass angesichts der Inklusions-Entwicklung, also dem stärkeren Zusammenleben von Menschen mit und ohne Behinderung, mittel- und langfristig in der Region 20 bis maximal 30 Plätze vom Landkreis in der Werksiedlung benötigt werden. 50 Plätze wurden für eine Sanierung als Planungsgröße aber zumindest eingeräumt. Das bedeutet unterm Strich, dass 22 Menschen ihren Platz verlieren könnten, was die Angehörigen und Betreuer der Behinderten erzürnt, die seit Jahren hier wohnen. Kreis-Sozialdezernentin Elke-Zimmermann-Fiscella unterstrich hingegen: "Wir können nicht über den Bedarf hinaus planen. Wir sehen nicht das Ende, sondern die Zukunft der Wohnsiedlung, aber nur mit 50 Plätzen." Darüber hinaus verwies sie darauf, dass im Zusammenhang mit der Inklusion Behinderten-Heime nur noch in einer Größe von bis zu 24 Plätzen gebaut werden und solche Einrichtungen untereinander einen Abstand von mindestens 500 Metern aufweisen sowie möglichst im Ortskern liegen sollen "

was bei der Niederlassung in Kandern nicht der Fall ist. Die Gespräche laufen aber noch, wie Hugo Mehlin vom Fachbereich Soziales im Sozialausschuss erklärte. Am vergangenen Donnerstag seien bei einem Treffen auch mit dem Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg (KVJS) vor Ort noch Pläne vorgestellt worden. Der Bedarf bedürfe noch einer "näheren Überprüfung", so Mehlin vielsagend.

Spezialist für Etiketten

www.faubel.de

Booklet Label bis zu 113 Seiten Etiketten mit nützlichem Index

Google-Anzeigen

F Empfehlen

Tweet

+1



Das könnte Sie auch interessieren



Drogenhändler legt Geständnis ab

Offenburg - Vor dem Landgericht Offenburg hat erneut ein Drogenprozess begonnen, der im...



Geld verdienen! 300€ am Tag

Die Strategie ist bekannt für ihre Effektivität und wird deshalb oft von professionellen...

ANZEIGE



Auto wird von Motorsense durchbohrt

Altensteig - Ein 51-jähriger Fahrer eines Kleintransporters ist am Donnerstagmorgen in...



Strandbar wird am Samstag eröffnet

Calw - Berlin hat welche, Stuttgart ebenso. In Köln sowie Karlsruhe sind sie zu finden, oder in...

powered by plista

[Lesezeichen](#)

[Top](#)

[zur Webversion](#)

[Impressum](#) | [Datenschutz](#)